

Gemeinsame Erklärung Argentiniens, Brasiliens, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Kanadas, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, Serbiens, Spaniens, Thailands, Ungarns, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten mit dem Aufruf, die in Gaza festgehaltenen Geiseln freizulassen

Wir fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln, die seit nunmehr über 200 Tagen von der Hamas in Gaza festgehalten werden. Unter ihnen befinden sich Staatsangehörige unserer eigenen Länder. Das Schicksal der Geiseln und der Zivilbevölkerung in Gaza, die nach dem Völkerrecht geschützt sind, erfüllt die internationale Gemeinschaft mit Sorge.

Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass die bereits vorliegende Vereinbarung zur Freilassung der Geiseln einen sofortigen und längerfristigen Waffenstillstand in Gaza brächte, der zusätzliche Lieferungen benötigter humanitärer Hilfsgüter in ganz Gaza ermöglichen und ein glaubwürdiges Ende der Feindseligkeiten herbeiführen würde. Die Menschen in Gaza könnten in ihre Häuser und Wohnungen und auf ihr Land zurückkehren, wozu im Vorfeld Vorbereitungen zu treffen wären, um Obdach und humanitäre Versorgung sicherzustellen.

Wir unterstützen nachdrücklich die laufenden Vermittlungsbemühungen mit dem Ziel, unseren Staatsangehörigen die Rückkehr nach Hause zu ermöglichen. Wir rufen die Hamas erneut auf, die Geiseln freizulassen und uns diese Krise beenden zu lassen, damit wir gemeinsam unsere Bemühungen darauf ausrichten können, dass Frieden und Stabilität in die Region einkehren.